

Walter Schicho**Positionen in der Zivilgesellschaftsdebatte:
Gemeinschaft der Akteure versus Verhandlungsraum**

„Wenn der Diskurs als Hebamme fungieren kann, dann ist die Zivilgesellschaft wirklich und wahrhaft geboren“ zieht Young (1994, S. 44) die Bilanz aus seinen Überlegungen „in search of civil society“. Solch ironische Distanzierung vom „mainstream“ ist enorm hilfreich für jemanden, der die Konjunktur eines Begriffs, wie wir sie seit wenigen Jahren für „Zivilgesellschaft – civil society“ beobachten können, mit großer Skepsis verfolgt. Rund 50 Jahre meines Lebens habe ich ohne Zivilgesellschaft verbracht – möglicherweise nicht ohne den Gegenstand, aber ohne Bedarf nach einem eigenen Begriff. „Die eingeführten Begriffe der politischen Öffentlichkeit und der Zivilgesellschaft haben empirische Referenzen und stellen nicht bloß normative Postulate dar“, schreibt Habermas (1992, S. 451), und wir wollen uns auf ihn verlassen. Es ist aber nicht die Sache an sich, die mir Probleme macht, sondern *die Verwendung des Begriffs, sein Gebrauch im öffentlichen Diskurs*.

In der weitesten Fassung ist „Zivilgesellschaft“ der intermediäre Raum zwischen Staat und privater Sphäre, ein Raum, der bevölkert wird von einer großen Anzahl höchst unterschiedlicher sozialer Gebilde. Die meisten davon hatten bislang ihre eigene Benennung und (wissenschaftliche) Betreuung durch Historiker, Soziologen, Psychologen, Ökonomen und andere Sozialwissenschaftler: Gewerkschaften, Sparvereine, Kirchen, jugendliche Peer-groups, Sozialhilfeeinrichtungen, Fußballklubs etc. Warum aber ist es auf einmal hilfreich und nützlich, dem Ganzen einen gemeinsamen Namen überzustülpen und mit dem Namen eine Menge von Vorstellungen, Eigenschaften und Traditionen zu importieren. Der Bogen der Anleihen spannt sich von der griechischen Antike, über Locke, Hobbes, Hegel, bis zu Gramsci und Habermas, und all diesen gefundenen Konzepten samt Nebenbedeutungen gemeinsam ist ein moralisch-säuerliches Merkmal von „auf das allgemeine Wohl bezogen“.

Vom unaufhaltsamen Aufstieg der Zivilgesellschaft

Seit Beginn der 90er Jahre, spätestens, drängt sich der Begriff im wissenschaftlichen und zunehmend auch im allgemeinen öffentlichen Diskurs ganz massiv auf. Die Internetsuche nach „civil society“ – über Alta Vista – ergab Ende September 1997 genau 10.572 Einträge, eine Woche später 10.619, die Mehrheit davon us-amerikanischen Ursprungs oder us-amerikanischer Prägung.



Sign Language

Thousands of languages and millions of words proliferate in the world.

Yet non-verbal communication sometimes drives home the most powerful message.

Knowing how to read the signs, both verbal and non-verbal, can make a difference in the international business deal. Or a cross cultural marriage. Or a multilateral treaty.

You'll find the keys in *Linguistics and Language Behavior Abstracts (LLBA)*.

It's about word use and abuse. About the rapid evolution of language. And how communication shapes our lives.

In LLBA you'll find abstracts of scholarly articles and books as well as bibliographical entries for book and other media reviews and dissertations.

Think of LLBA as a sign of the times.

LLBa

Linguistics and Language Behavior Abstracts

LLBA is available in print; online from Knight-Ridder; on CD-ROM from SilverPlatter and NISC; on magnetic tape from LLBA direct.

P.O. Box 22206 San Diego, CA 92192-0206
619/695-8803 Fax: 695-0416

Internet socio@cerfnet.com

We welcome your visit to our Web site: www.socabs.org

Wir sprechen von Zivilgesellschaft, ergo gibt es sie. Bleibt nur noch die schwierige Aufgabe, uns auf eine verbindliche Beschreibung des Begriffs zu einigen. Larry Diamond, Mitherausgeber des „Journal of Democracy“ (Johns Hopkins University Press), nennt „civil society“ „den Bereich organisierten sozialen Lebens, der gekennzeichnet ist durch Freiwilligkeit, Eigeninitiative, Eigenständigkeit, Unabhängigkeit vom Staat, und dabei bestimmt ist durch gesetzliche Bestimmungen oder eine von allen geteilte Menge von Normen“ (Diamond 1994, S. 5). Ähnliches lesen wir auch bei anderen Autoren. Die umfassende Aufzählung der zugehörigen Organisationen – Diamond unterscheidet sieben Typen von „economic“ bis „civic“ – macht deutlich, daß unter Zivilgesellschaft primär eine Menge von Individuen und Organisationen verstanden wird, und nicht der Raum, in dem sie handeln. Wesentlich erscheint, daß die Mitglieder als Kollektiv in der Öffentlichkeit auftreten und daß sie eine Mittlerrolle zwischen privater und staatlicher Domäne spielen.

Dabei ergibt sich sofort das Problem, daß diese beiden Domänen keineswegs klar abgegrenzte Gebiete sind. Wir haben es vielmehr mit „fuzzy sets“ zu tun, deren Zentrum zwar deutlich markiert ist, die an den Rändern aber einen allmählichen Übergang erlauben, in denen ein Element sowohl als auch sein kann, dem Staat oder dem Privaten zugleich mit Zivilgesellschaft zugehörig und gleichzeitig nicht, was außerhalb der Denkwelt der zweiwertigen Logik durchaus üblich ist. Die solcherart durch zwei – nach Ansicht anderer Experten, die auch den „Markt“ ausnehmen, durch drei – Bereiche eingekreiste und mehr oder minder abgegrenzte Domäne Zivilgesellschaft bietet einer Reihe sozialer Akteure Raum, für die vor allem die amerikanischen Politologen unglaublich viel Begeisterung aufbringen.

Larry Diamond, einer der prominenten Prediger der Zivilgesellschaft, versteigt sich in einem Beitrag des Journal of Democracy (1994, S. 4) zu einer geradezu hymnischen Preisung: „In dieser dritten Welle der globalen Demokratisierung, hat kein anderes Phänomen auf so lebhafte Art und Weise die Vorstellungskraft demokratischer Wissenschaftler, Beobachter und Aktivisten eingefangen wie die civil society. Was kann denn bewegender sein als die Geschichten von mutigen Trupps (bands) von Studenten, Schriftstellern, Künstlern, Pastoren, Lehrern, Arbeitern und Müttern, die sich dem Doppelspiel, der Korruption und der brutalen Herrschaft des autoritären Staates herausfordernd entgegenstellen? Kann irgend ein Bild ehrfurchtsgebietender für Demokraten sein, als das, das ihnen 1986 in Manila geboten wurde, als hunderttausende organisierte und friedvolle Bürger auf die Straßen fluteten um die Wahlen zu fordern, um die man sie bestohlen hatte, und Ferdinand Marcos gewaltlos mit ‚Volkes Macht‘ aus dem Amt zu zwingen.“ So unglaublich es klingt, der Hymnus scheint ernst gemeint. Hier jubelt einer über den Sieg der „wiedererstandenen Zivilgesellschaft“ über den autoritären Staat. „It is now clear that to comprehend democratic change around the world, one must study civil society.“ (Diamond 1994, S. 5, meine Hervorhebung)

Die Reaktion eines Diskussionspartners – „Ach Sie meinen ‚civil society‘“ – und eine Bemerkung in der französischen Zeitschrift Politique Africaine

(B. Campbell, Moore, Le Roy, PoA 61/1996, S. 13) zu einem anderen Modebegriff – „das ideologische Produkt ‚good governance‘ ist weder ein westliches, noch ein anglo-amerikanisches Produkt, sondern schlicht und einfach ein us-amerikanisches“ – weisen den Weg zu einer neuen Sicht des Unbehagens, das mich seit Beginn meiner Beschäftigung mit Zivilgesellschaft plagt: So umfangreich auch oft die Befassung mit Hobbes, Locke, Hegel, Gramsci oder Habermas sein mag – die neuen Propheten der civil society beziehen ihr Glaubensbekenntnis auf Alexis de Tocquevilles Beschreibung der amerikanischen Gesellschaft und ihrer civil associations. Und in dieser Sicht erhält auch Diamonds überschwängliche Darstellung der Demonstrationen in Manila ihre wahre Bedeutung: Nicht die Bürger von Manila aus dem Jahre 1986, als civil society längst noch nicht in Mode war, sondern die Montagdemonstrationen auf dem Augustusplatz in Leipzig 1989, „Wir sind das Volk“, sind die Ursache frenetischen Jubels. Damit frei nach Diamond: „Kann irgend ein Bild ehrfurchtsgebietender für Demokraten sein, als das, das ihnen geboten wurde, als hunderttausende organisierte und friedvolle Bürger auf die Straßen fluteten um die Wahlen zu fordern, um die man sie bestohlen hatte, und die Paladine des realen Sozialismus gewaltlos mit ‚Volkes Macht‘ aus dem Amt zu zwingen.“

Eben diese civil society „Wir sind das Volk“ war es, die der USA zu einem billigen Sieg über die gegnerische Supermacht verhalf, nachdem Jahrzehnte der Aufrüstung und des Kalten Krieges nur immer wieder gefährliche Krisen produziert hatten. Kein Wunder, daß eine Medizin, die solches vollbringt, auch überall anders ihre heilsame Wirkung zeigen muß. Civil society hat in genau diesem Sinne die Kraft, in demokratischen Staaten die Ausübung politischer Macht zu überwachen und einzugrenzen und autoritäre Staaten zu demokratisieren.

Die Wiederentdeckung der Zivilgesellschaft in den 80er Jahren hat wenig mit Afrika zu tun, viel aber mit dem Zusammenbruch der „Staaten des realen Sozialismus“ und dem Ende der Bipolarität. Dennoch hat die Propagierung des Konzepts „civil society“ massive überzeugt: afrikanische Sozialwissenschaftler von links bis rechts verfolgen die Spuren dieser Zivilgesellschaft bis hinein in die graue Zeit vorkolonialer Gesellschaften. Sie finden eben so viele Facetten und Sichtweisen wie ihre Kollegen im Norden, stellen auch die Frage, ob so ein westliches Konzept denn überhaupt seine Anwendung bei der Beschreibung afrikanischer Gesellschaften finden könnte, aber im Grunde akzeptieren alle zusammen das Rezept „civil society ist gut gegen autoritären Staat“ und der autoritäre Staat hat – zumindest in der Theorie – im runderneuerten Afrika der Strukturanpassungen und der freien Märkte keine Daseinsberechtigung mehr.

Staat, Zivilgesellschaft und Hegemonie

Im afrikanischen Kontext erweist sich diese civil society keineswegs als Garant der Demokratisierung und als Allheilmittel gegen den autoritären Staat. Fatton (1992, S. 12 f) sieht in diesem Zusammenhang eine „dialektische Interaktion zwischen Staat und Zivilgesellschaft“, die eine wechselseitige Beeinflussung zur

Folge hat. „Der Staat durchdringt die Zivilgesellschaft mit unterschiedlichen ökonomischen Eingriffen. Er tendiert zu Totalitarismus, denn die herrschenden Klassen sind Freibeuter, die eine größtmögliche Vorherrschaft aufbauen; sie suchen deshalb sich die Zivilgesellschaft völlig einzuverleiben. Die Zivilgesellschaft ihrerseits durchdringt den Staat durch den Aufbau schützender Gräben gegen gewaltsamen Mißbrauch, Entzug von Ressourcen und politische Willfährigkeit. Zivilgesellschaft tendiert dazu, den Staat zu negieren, und die unteren Klassen, die ärgsten Opfer des Staates, sind entschlossen ihre Verluste möglichst klein zu halten, ... Der Gegensatz zwischen Staat und Zivilgesellschaft ist allerdings nicht so simpel. Die herrschenden Klassen haben einerseits 'freibeuterischen Charakter' und totalitäre Ambitionen, es liegt ihnen andererseits auch daran, den Einfluß des Staates zu reduzieren, weil sie gleichermaßen der Zivilgesellschaft verbunden sind und versteckte Interessen haben, private Titel auf Eigentum zu erweitern.“ (Fatton 1992, S. 12 f) Dabei ist, so Fatton, Zivilgesellschaft weder homogen noch geschlossen, „eine unorganisierte Vielfalt einander gegenseitig ausschließender Projekte“ und obwohl sie die rezente Darstellung so gern als weißen, guten, Gegenpart des schwarzen, böshabgerigen, Staates aufbaut, „keineswegs demokratisch“. Die jüngste Geschichte, die Welle der „Demokratisierung“ in Afrika, liefert uns dafür jede Menge an Beispielen (vgl. etwa die Vorgänge in und um die Nationalkonferenz in Kongo-Brazzaville, wie sie Ex-Minister Guy Menga [1993] darstellt.) Vor einem vor allem war diese Zivilgesellschaft der 90er Jahre genau nicht gefeiert: Einmal erfolgreich fiel sie ebenso „in den Staat“ wie ihre Vorgängerin in der Zeit der Unabhängigkeiten.

Der nicht mehr makellose Charakter unserer Zivilgesellschaft verbietet ihr zwar keineswegs ihre Rolle als Gegenspieler des autoritären Staates zu übernehmen, es drängt sich jedoch die Frage auf, wo in diesem Spiel der Gewinn liegt. Im Licht der neueren politischen Entwicklung haben sich die Protagonisten der afrikanischen Demokratisierung aus der ersten Hälfte dieser Dekade als wenig beständig in ihrer demokratischen Überzeugung erwiesen – was etwa die Wähler in Benin dazu veranlaßt hat, ex-Diktator Kerekou wieder ins Amt zu wählen. Die westliche Akzeptanz undemokratischer Systeme in Uganda oder im einstigen Zaire, das sich heute bezeichnenderweise „Demokratischen Republik Kongo“ nennt, erschüttert zudem den Glauben an die unfehlbare civil society weiter.

Problematisch wird aus dieser Sicht auch noch eine andere Argumentationslinie, nach der vor allem NGOs des Nordens im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit eine Gleichsetzung von Zivilgesellschaft und Gemeinschaft der NGOs vollziehen (als Leitmotiv fungiert der Begriff „Dritter Sektor“). Fallen hier die Konnotationen „gut“ und „demokratisch“, die schlechthin mit Zivilgesellschaft eingebracht werden, dem empirischen historischen Befund zum Opfer, dann verliert auch die Behauptung der moralischen und sonstigen Überlegenheit der NGOs über den Staat viel an Gewicht. Darüber hinaus muß die Sinnhaftigkeit und der Wert des Produkts „Entwicklung“ wieder allein über inhaltliche – unter Verlust der institutionellen – Kriterien belegt werden.

Es scheint aber, als ließe sich dennoch mit Bezugnahme auf Antonio Gramsci (vgl. B. Wagners Beitrag in diesem Heft) dem Begriff Zivilgesellschaft etwas abgewinnen. Zivilgesellschaft ist hier eben auch „ein Handlungsraum, den es politisch zu besetzen gilt, der Bereich, in dem sich alle Kämpfe um die Hegemonie (d.h. um die besonders stabile Macht, die auf dem Konsens der Regierten beruht) abspielen“. In afrikanischen Gesellschaften ist es in der Regel der Staat, der der „herrschenden Klasse“ die notwendigen Voraussetzungen für ihre Herrschaft schafft. Robert Fatton (1992, S. 19 ff) stellt dazu fest, daß dabei immer wieder Probleme entstehen, weil die „herrschende Klasse“, fragmentiert und unsicher über ihre Ziele, „individualisiert“, erst nach jener Hegemonie strebt, die eine stabile Herrschaft garantiert. Das Fehlen von Hegemonie hat zur Folge, daß „herrschende Klassen in Afrika dies nur so weit sein können, als sie den Staat kontrollieren und ihn als politischen und physischen Apparat zur Förderung ihrer engeren Gruppeninteressen nutzen“. In diesem Sinne gilt es, den Verhandlungsraum Zivilgesellschaft so zu gestalten, daß die Durchsetzung der Ansprüche einer Freibeuterklasse, die in vielen afrikanischen Ländern den Staat für sich vereinnahmt hat, verunmöglicht wird. Das heißt in der Formulierung Gramscis: „Die Tatsache der Hegemonie setzt zweifellos voraus, daß man den Interessen und Tendenzen der Gruppen Rechnung getragen hat, über die die Hegemonie ausgeübt wird, daß sich ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses herausbildet, daß also die führende Gruppe Opfer ökonomisch-korporativer Art bringt, aber es besteht auch kein Zweifel, daß diese Opfer und dieser Kompromiß nicht das wesentliche betreffen können, denn: wenn die Hegemonie ethisch-politisch ist, muß sie auch ökonomisch sein, sie kann ihre Grundlage nur in der entscheidenden Funktion haben, die die führende Gruppe im entscheidenden Kernbereich der ökonomischen Aktivität ausübt.“ (A. Gramsci, nach Kebir 1991, S. 87)

Trotz aller Lippenbekenntnisse zur Förderung der „grassroot people“, trotz „participation“ und „empowerment“, sind die politischen und wirtschaftlichen Inputs des Nordens, und hier vor allem der Internationalen Finanzinstitutionen, genau im Gegensatz zu Gramsci wirksam. Ermächtigung der Zivilgesellschaft heißt in der Strategie der neoliberalen Mafia, die heute das Entwicklungsgeschehen dominiert, nicht viel anderes als Schwächung des Staates und Besetzung politischer und wirtschaftlicher Führungspositionen durch genehme und im eigenen Kontext sozialisierte Kandidaten. Dabei hätten gerade jene Geberinstitutionen die Möglichkeit, die ihnen zugekommene Hegemonie für eine neue Politik zu nutzen. Gramsci spricht in diesem Sinne von einer „pädagogischen Beziehung“ auf nationaler wie übernationaler Ebene: „Jede 'Hegemoniebeziehung' ist notwendigerweise eine pädagogische Beziehung und sie verwirklicht sich nicht nur im Innern einer Nation zwischen den verschiedenen Kräften, aus denen sie sich zusammensetzt, sondern auch auf der ganzen internationalen und Weltebene, innerhalb der Zivilisationen nationalen und internationalen Ausmaßes.“ (nach Kebir 1991, S. 89) Der Verantwortung und der Möglichkeiten, die hier angesprochen werden, entzieht sich der Norden. Die Definition von

Zivilgesellschaft in der Tradition von Locke und Tocqueville ist Teil der dahingehenden Strategie.

Nachgedanken

„Zivilgesellschaft“ schreibt Young (1994, S. 48), „ist tatsächlich ein schwer faßbares Konzept und noch mehr eine sich entziehende Realität. Aber der erstaunliche Aufwand, der getrieben wird, den Begriff zu definieren und weiter zu verfolgen, ist – so kommt es mir vor – das mächtigste Unternehmen in der Szene“ und er fährt, mit geballter Ironie, fort, „die Suche nach einer Zivilgesellschaft, die den Staat gemäß dem eigenen, zugegebenermaßen idealisierten Bild wieder erfinden kann, ist ein Erlösungsdrama, dessen möglicherweise nobler Charakter wohl unsere Bewunderung verdient.“

Meine Bewunderung bleibt diesem Erlösungsakt ebenso versagt wie den globalen Strategien der Strukturanpassung und der McDonaldisierung.

Abstracts

Since the end of the Cold War "civil society" became a term of steadily increasing appeal to politicians and scientists. Although many participants in the public discourse felt the need for a clear definition of this term, few of them were interested in the why and how of its use. Texts and manifold political and scientific contexts clearly show the specific interest the USA, the only superpower left, has in the use and abuse of the term civil society. We therefore propose to set an alternative definition in opposition to the one actually dominant in discourse: "civil society" as that area, where the social contest for hegemony takes place" instead of the commonly used meaning "a powerful institution and a means to overcome the 'ugly' state".

Der Begriff Zivilgesellschaft erscheint seit dem Ende der Bipolarität im öffentlichen Diskurs unverhältnismäßig oft. Die Teilnehmer an diesem Diskurs bemühen sich immer wieder um die Definition des Begriffs, den näheren Umständen des Gebrauchs schenken sie aber wenig Aufmerksamkeit. Wir können in diesem Zusammenhang in den Texten und in dem wissenschaftlichen und politischen Kontext, in dem sie stehen, ein deutliches Interesse der einzig verbliebenen Supermacht USA und der von ihr kontrollierten internationalen Institutionen an der Instrumentalisierung des Begriffs Zivilgesellschaft festmachen. Es liegt im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung nicht nur des Südens, der Zivilgesellschaft als mächtige Institution und Gegenspieler des derzeit unbeliebten Staates eine andere Verwendungsweise entgegen zu stellen: Zivilgesellschaft als jener Raum, in dem die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Hegemonie stattfindet.

Literatur

- Diamond, Larry: Rethinking civil society. Toward democratic consolidation. In: Journal of Democracy 5/3 (1994), pp. 4–17.
- Fatton, Robert jr.: Predatory rule: state & civil society in Africa. L. Rienner, Boulder 1992.
- Fatton, Robert: Africa in the age of democratization: the civic limitations of civil society. In: African Studies Review 38/2 (1995), pp. 67–99.
- Foley, Michael W. and Bob Edwards: The paradox of civil society. In: Journal of democracy 7/3 (1996), pp. 38–52.
- Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1992.
- Judge, Anthony J. N.: NGO and civil society: some realities and distortions. Seminar paper, Moscow, 6–8 December 1994 (Internet copy).
- Kebir, Sabine: Gramsci's Zivilgesellschaft. VSA-Verlag, Hamburg 1991.
- Kinuthia-Njenga, Cecilia: Civil society: new roles for African traditions, NGOs, women and youth in Africa. In: Development Journal (1996) (Internet copy).
- Kothari, Smitu: Rising from the margins: the awakening of civil society in the Third World. In: Development Journal (1996) (Internet Copy).
- Menga, Guy: Congo. La transition escamotée. L'Harmattan, Paris 1993.
- Nwajaku, Kathryn: The national conferences in Benin and Togo revisited. In: Journal of Modern African Studies, 32/3 (1994), pp. 429–447.
- Osaghae, Eghosa E. (ed.): Between State and Civil Society in Africa. Perspectives on development. ABC (CODESRIA), Oxford 1994.
- Oyugi, Walter O. et. al. (eds.): Democratic theory and practice in Africa. Currey, London 1988.
- Woods, Dwayne: Civil society in Europe and Africa: Limiting State power through a public sphere. In: African Studies Review, 35/2 (1992), pp. 77–100.
- Young, Crawford: In search of civil society. In: Harbeson, John W., Donald Rothchild and Naomi Chazan (eds.): Civil society and the state in Africa. Rienner, Boulder 1994, pp. 33–50.

Walter Schicho, Institut für Afrikanistik der Universität Wien,
Doblhoffgasse 5/9, A-1010 Wien